



## **Kommunaler Mehrwertausgleichsfonds**

(vom 9. November 2022)

### **SKR Nr. 10.12**

*Das Gemeindeparlament, gestützt auf § 23 des kantonalen Mehrwertausgleichsgesetzes (MAG) vom 28. Oktober 2019 erlässt folgendes Reglement:*

#### **§ 1 Zweck**

Das Fondsreglement regelt die Verwaltung und Verwendung der Fondsmittel sowie das Verfahren für die Ausrichtung von Beiträgen.

#### **§ 2 Zuweisung von Mitteln**

Die Erträge aus der kommunalen Mehrwertabgabe fliessen in den kommunalen Mehrwertausgleichsfonds.

#### **§ 3 Verwendungszweck**

- <sup>1</sup> Die Mittel des Mehrwertausgleichsfonds werden für kommunale Massnahmen der Raumplanung verwendet. Beitragsberechtigt sind folgende Massnahmen:
  - a. die Gestaltung des öffentlichen Raums, insbesondere die Erstellung, Gestaltung und Ausstattung von Parks, Plätzen, Grünanlagen oder mit Bäumen bestockten Flächen, die sich für den Aufenthalt der Bevölkerung im Freien eignen oder das Wohnumfeld verbessern,
  - b. Erholungseinrichtungen und andere öffentlich zugängliche Freiräume wie etwa Wege, Ufer von Gewässern, Rastplätze, Spielplätze und sanitärische Anlagen oder andere Formen der infrastrukturellen Ausstattung von Erholungsgebieten,
  - c. die Verbesserung des Lokalklimas durch Baumpflanzungen, allgemeine Grünflächen, Dach- oder Fassadenbegrünung, Massnahmen zum Speichern und Verwenden von Regenwasser,
  - d. die Verbesserung der Zugänglichkeit von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs und von öffentlichen Einrichtungen mit Rad- und Fusswegen,
  - e. die Erstellung von sozialen Infrastrukturen, wie soziale Treffpunkte und ausserschulische Einrichtungen, beispielsweise Quartier-, Jugend- oder Seniorentreffpunkte und Kinderbetreuungseinrichtungen,
  - f. die Planungskosten für die Überdeckung von Verkehrsinfrastrukturen,
  - g. die Verbesserung der Bau- und Planungskultur, wie Beteiligungsprozesse, Studienverfahren oder Wettbewerb,
  - h. energetische Massnahmen im Zusammenhang mit der Gestaltung des öffentlichen Raums.

- 2 Beitragsberechtigt sind auch Rechtserwerbe.
- 3 Für Betrieb und Unterhalt werden keine Beiträge entrichtet.

#### **§ 4 Beiträge**

- 1 Die Gemeinde richtet einmalige Beiträge an Erstinvestitionen und Erneuerungen von Einrichtungen und Anlagen aus.
- 2 Es kommen keine Beiträge für Massnahmen in Betracht, die bereits auf anderer Rechtsgrundlage finanziert werden.
- 3 Es besteht kein Anspruch auf Beiträge.
- 4 Die Beiträge können von Auflagen und Bedingungen abhängig gemacht werden.

#### **§ 5 Ausschluss der Verschuldung sowie Unterbestand**

- 1 Der Fonds darf sich nicht verschulden. Ein Gesuch darf nur bewilligt werden, wenn die Auszahlung für die beitragsberechtignte Massnahme den Fondsbestand nicht überschreitet.
- 2 Stehen für Massnahmen nicht ausreichend Mittel aus dem Fonds zur Verfügung, werden die Gesuche pendente gehalten, bis genügend Mittel im Fonds vorhanden sind.

#### **§ 6 Beitragsberechtigte**

Beitragsberechtigt sind natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts.

#### **§ 7 Gesuch**

- 1 Das Beitragsgesuch muss vor dem Beginn der Umsetzung des Projekts beim Stadtrat eingereicht werden.
- 2 Das Gesuch soll insbesondere folgende Angaben und Unterlagen umfassen:
  - a. Plangrundlagen des Vorhabens mit Nachweis der beitragsbetroffenen Bereiche,
  - b. Bericht mit Erläuterung des Vorhabens oder Projekts im Entwicklungskontext der Gemeinde sowie des daraus resultierenden Mehrwertes für die Öffentlichkeit,
  - c. Geforderte Beitragshöhe mit Nachweis der Gesamtkosten und der Finanzierung der Entwicklung,
  - d. allfällige Beitragsgesuche, die an weitere Stellen eingereicht werden.
- 3 Der Stadtrat kann zusätzliche Angaben und Unterlagen verlangen, die für die Behandlung des Gesuchs erforderlich sind, beispielsweise:
  - a. Nutzungskonzepte,
  - b. Gestaltungskonzepte,
  - c. Vorgehenskonzepte,

- d. Chancen und Risiken des Projektes,
  - e. Pflege- und Unterhaltskonzept
  - f. Littering- und Lärmkonzept.
- <sup>4</sup> Beitragsgesuche können laufend eingereicht werden.

## § 8 Prüfung des Gesuchs

Das Gesuch wird vom Stadtrat oder einer von ihm bezeichneten Stelle geprüft auf:

- a. Inhalt
  - die Bedeutung des Vorhabens oder Projekts im Entwicklungskontext der Stadt
  - die Anzahl oder Vielfalt der Anspruchsgruppen, die einen Nutzen aus dem Vorhaben oder Projekt ziehen
  - das Zusammenwirken des Vorhabens oder Projekts mit kantonalen oder kommunalen Planungsinstrumenten
- b. Zweckmässigkeit (vgl. § 3 des Fondsreglements)
- c. Wirtschaftlichkeit
- d. Folgekosten

## § 9 Entscheid

- <sup>1</sup> Über Beiträge entscheidet der Stadtrat unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch das zuständige Gemeindeorgan.
- <sup>2</sup> Zuständig für die Bewilligung von Fondsentnahmen ist das Gemeindeorgan, das gemäss der Gemeindeordnung neue Ausgaben in entsprechender Höhe zu bewilligen hat.
- <sup>3</sup> Das zuständige Gemeindeorgan kann den konkreten Mitteleinsatz prüfen und die Auszahlung der Beiträge von einem effektiven und effizienten Mitteleinsatz abhängig machen.

## § 10 Auszahlung von Beiträgen

Die Auszahlung von Beiträgen erfolgt nach Vollendung der Arbeiten anhand der Schlussabrechnung. In Ausnahmefällen kann der Stadtrat die Auszahlung von Beiträgen nach Vollendung einzelner, voneinander unabhängiger Teilschritten genehmigen.

## § 11 Umsetzungspflicht

- <sup>1</sup> Innert zwei Jahren seit der Bewilligung von Beiträgen muss mit der Umsetzung der unterstützten Massnahmen begonnen worden sein.
- <sup>2</sup> Die Nichteinhaltung dieser Frist begründet in der Regel
  - a. die Verwirkung noch nicht ausbezahlter Beträge.
  - b. die Pflicht zur Rückerstattung ausbezahlter Beträge.

## **§ 12 Rückerstattung von Beiträgen**

- <sup>1</sup> Beiträge, die zu Unrecht zugesichert oder ausbezahlt worden sind, werden widerrufen oder zurückgefordert.
- <sup>2</sup> Auf die Rückforderung wird verzichtet,
  - a. soweit die Empfängerin oder der Empfänger infolge des Beitragsentscheids Massnahmen getroffen hat, die nur mit unzumutbaren finanziellen Einbussen rückgängig gemacht werden können, und
  - b. wenn die Rechtsverletzung oder die unrichtige oder unvollständige Feststellung des Sachverhalts für die Empfängerin oder den Empfänger nicht leicht erkennbar gewesen ist.

## **§ 13 Berichterstattung**

Der Stadtrat veröffentlicht einmal im Jahr eine Liste mit den zugesicherten und geleisteten Beiträgen. Anzugeben sind die Höhe der einzelnen Beträge, Verwendungszwecke, Angaben zu Beitragsempfänger bzw. -empfängerin sowie Datum des jeweiligen Beschlusses und des Fondsbestands.

## **§ 14 Inkraftsetzung**

Dieses Reglement tritt per 7. Dezember 2024 in Kraft.

Vom Gemeindeparlament beschlossen am 28. August 2023.